



Vorlage VA_55/2018
zur öffentlichen Sitzung des
Verwaltungsausschusses
am 26.11.2018

mit 2 Anlagen

An die
Mitglieder
des Verwaltungsausschusses

Haushaltsplan 2019 und Finanzplanung 2018 bis 2022 - Zusammenfassende Vorberatung -

1. Verfahren

Wie in den Vorjahren, haben wir den Verwaltungsausschuss bereits im Vorfeld des Haushaltsplanentwurfs regelmäßig über die finanzielle Situation des Landkreises informiert. Dies erfolgte unter anderem in den Sitzungen am 07.03.2018 und am 09.07.2018 im Rahmen der Beratungen zum Handlungskonzept 2019, zum Finanzzwischenbericht 2018 und zum Jahresabschluss 2017.

Nachdem der Haushaltsplanentwurf 2019 mit der Finanzplanung und dem Investitionsprogramm 2018 - 2022 (Vorlage KT_26/2018) im Kreistag am 19.10.2018 eingebracht wurde, haben die Ausschüsse den Entwurf des Haushaltsplans 2019 vorberaten.

2. Stellenplan

Der Stellenplan (Vorlage VA_42/2018) wurde am 22.10.2018 im Verwaltungsausschuss eingebracht. Er ist in der heutigen nichtöffentlichen Sitzung des Verwaltungsausschusses weiter zu beraten.

3. Verwaltungsausschuss am 22.10.2018, 1. Lesung

Der Verwaltungsausschuss wurde über die zwischenzeitlich eingetretenen Veränderungen sowie die vorliegenden Anträge informiert. Gegenüber den Ansätzen im Haushaltsplanentwurf verringern sich die Aufwendungen im Ergebnis- und Finanzhaushalt um jeweils rund 1 Mio. €.

Über die bisher vorliegenden haushaltsrelevanten Anträge wurde der Verwaltungsausschuss mit Vorlage 41/2018 informiert. Es ist noch eine Änderung eingetreten, so dass sich der daraus resultierende Gesamtaufwand auf 820.404 € reduziert. Dieser Aufwand wurde in die Deckungsreserve eingestellt.

Der Haushaltsplanentwurf 2019 wurde von der Verwaltung – entgegen dem Votum von Freien Wählern, CDU, SPD und FDP – nicht mit einem Kreisumlagehebesatz von 27,5 %-Punkten, sondern mit einer gleichbleibenden Kreisumlage von 28 %-Punkten eingebracht. Dies ist nach Ansicht der Verwaltung notwendig, um den Anstieg der Klinikendarlehen, für die der Landkreis den Schuldendienst trägt, einzudämmen. Diese Vorgehensweise wurde von der Mehrheit des Verwaltungsausschusses abgelehnt, weil ein fast auskömmlicher Haushalt auch mit 27,5 %-Punkten Kreisumlage aufgestellt werden könnte und ein Ansammeln von Rücklagen zu Lasten der kreisangehörigen Städte und Gemeinden abgelehnt wird.

Der Haushaltsplan 2019 wurde vom Verwaltungsausschuss ansonsten durchweg als solide bewertet. Man war sich einig, dass das Thema Entwicklung der Klinikendarlehen zu einem späteren Zeitpunkt behandelt werden muss. Angesichts der bestehenden Risiken ist die umsichtige und sparsame Haushaltswirtschaft im Landkreis Ludwigsburg fortzusetzen.

Der Verwaltungsausschuss hat den Haushaltsplanentwurf 2019 zur weiteren Beratung in die zuständigen Ausschüsse verwiesen.

4. Kultur- und Schulausschuss am 05.11.2018

Der Kultur- und Schulausschuss hat die in seinen Zuständigkeitsbereich fallenden Produktgruppen beraten. Er wurde über die Auswirkungen der geplanten Lernfabrik 4.0 bei der Carl-Schaefer-Schule (Vorlage KuSA 25/2018) auf den Haushalt 2019 unterrichtet. Der Kultur- und Schulausschuss empfahl dem Verwaltungsausschuss/Kreistag einstimmig die Annahme des Haushaltsplanentwurfs 2019 und der Finanzplanung mit dem Investitionsprogramm 2018 - 2022.

5. Ausschuss für Umwelt und Technik am 09.11.2018

Der Ausschuss für Umwelt und Technik hat die in seinen Zuständigkeitsbereich fallenden Produktgruppen beraten. Er hat die Anträge zur Umsetzung des Klimaschutzkonzepts (63.000 €) und den Baukostenzuschuss zur Remstalgartenschau (5.000 €) einstimmig befürwortet. Der Antrag bezüglich der Initiative RadKULTUR (5.000 €) wurde mehrheitlich bei einer Gegenstimme beschlossen. Über den Antrag der Fraktion BÜNDIS 90/DIE GRÜNEN zur Verbesserung der Fahrradinfrastruktur wurde diskutiert. Von Verwaltungsseite wurde erläutert, dass die im Antrag aufgeführten Punkte ohnehin von der Verwaltung „step by step“ umgesetzt werden. Die Verwaltung wird zu gegebener Zeit einen Bericht bzw. ein Konzept vorlegen. Insofern wurde dem Antrag Rechnung getragen.

Der Antrag der Kreistagsfraktion DIE LINKE zur Einführung eines Mobilitätstickets und der vorliegende Antrag der SPD-Kreistagsfraktion zum Sozialticket werden im Sozialausschuss erörtert, da die Finanzierung ggf. über den Sozialhaushalt erfolgen würde.

Der Ausschuss für Umwelt und Technik empfahl dem Verwaltungsausschuss/Kreistag einstimmig die Annahme des Haushaltsplanentwurfs 2019 und der Finanzplanung mit dem In-

vestitionsprogramm 2018 – 2022.

6. Jugendhilfeausschuss am 21.11.2018

Der Jugendhilfeausschuss hat bereits mit Beschluss vom 24.09.2018, JHA 14/2018 die Erhöhung der einmaligen Beihilfen bei der Unterbringung von Jugendlichen in Vollzeitpflege mit Kosten von voraussichtlich 400.000 € dem VA/KT zur Annahme empfohlen. Das gleiche gilt bezüglich der Vertretungsregelung für Kindernester (JHA 12/2018) mit einem Kostenvolumen von 36.000 €. Entsprechende Mittel wurden über die Deckungsreserve bereitgestellt.

Der Jugendhilfeausschuss hat noch über folgende finanzrelevanten Vorlagen bzw. Anträge zu entscheiden:

- Kinderschutzbund, Orts- und Kreisverband Ludwigsburg e.V.: Antrag auf Erhöhung der Zuwendung für die Sprachförderung von Flüchtlingskinder um 10.000 € auf dann insgesamt 30.000 €. In der Deckungsreserve enthalten.
- Karlshöhe Ludwigsburg: Antrag vom 18.09.2018 auf weitere Förderung der Jugendberatung in Höhe von 89.100 €. In der Deckungsreserve mit berücksichtigt.

Über die Ergebnisse der Beratungen im Jugendhilfeausschuss wird mündlich berichtet.

7. Sozialausschuss am 23.11.2018

Der Sozialausschuss hat noch über folgende finanzrelevanten Vorlagen bzw. Anträge zu entscheiden:

- Kreisdiakonieverband: Antrag vom 31.10.2018 auf Förderung des Projekts „Pflegebedürftigkeit und Sucht“ mit 21.375 €. In der Deckungsreserve berücksichtigt.
- Frauen für Frauen e.V.: Antrag auf Erhöhung des Zuschusses von 9.200 € auf 50.000 € für die Projekte „Trennung und Scheidung“, „Allgemeine Lebenskonflikte“ sowie „Frauen mit Fluchterfahrung“. Verwaltungsvorschlag: einmalige Zuschusserhöhung um 20.000 €. In der Deckungsreserve sind diese 20.000 € durch Einsparung an anderer Stelle finanziert.
- Betreuungsverein für den Landkreis Ludwigsburg e.V.: Antrag auf Zuschusserhöhung um 43.400 € zur anteiligen Finanzierung von 3,5 Vollzeitstellen. In der Deckungsreserve berücksichtigt.
- Wohnungslosenhilfe im Landkreis Ludwigsburg gGmbH: Zuschusserhöhung um 27.500 €. In der Deckungsreserve berücksichtigt.
- Investitionsförderung Kurzzeitpflegeplätze (Vorlage SoA 21/2018) 100.000 €. In der Deckungsreserve berücksichtigt.

Ferner muss der Sozialausschuss noch die Anträge der Kreistagsfraktion DIE LINKE zur Einführung eines Mobilitätstickets und den Antrag der SPD-Kreistagsfraktion zum Sozialticket erörtern.

Über die Ergebnisse der Beratungen im Sozialausschuss wird mündlich berichtet.

8. Verwaltungsausschuss am 26.11.2018, 2. Lesung

Änderungen des Haushaltsplanentwurfs 2019, die sich nach derzeitigem Stand aufgrund der Haushaltsplanberatungen der Fachausschüsse ergeben haben und sich ggf. noch ergeben werden, wurden in die vorläufige Änderungsliste (Anlage 1) aufgenommen. Nachdem die Ergebnisse aus den Beratungen des Jugendhilfeausschusses, des Sozialausschusses und des Ausschusses für Umwelt und Technik erst nach Versand dieser Vorlage feststehen, wurden dafür Prognosewerte in die Änderungsliste aufgenommen. Die Mittel der Deckungsreserve wurden in der Änderungsliste noch nicht verteilt. Nach dem momentanen Stand der Anträge kann alles über die Deckungsreserve finanziert werden.

Kosten für Maßnahmen, die in der Deckungsreserve bereitgestellt sind: 820.404 €

9. Wesentliche Änderungen seit Einbringung des Haushaltsentwurfs 2019

Weitere Änderungen seit der ersten Lesung des Haushaltes sind geringfügige Abweichungen bei der Zins- und Tilgungserstattungen an die Kliniken aufgrund der endgültigen Unternehmensplanung, Einsparungen bei dem Zuschuss an das Helene-Lange-Gymnasium von 105.000 € sowie Mehrausgaben aufgrund der Beschlussempfehlung im Kultur- und Schulausschuss zur Einrichtung einer Lernfabrik 4.0 bei der Carl-Schaefer-Schule von netto 170.000 €. Ferner werden für die Stiftung Burg Lichtenberg 300.000 € benötigt (siehe VA 54/2018). Die Auswirkung der Novembersteuerschätzung mit einer Steigerung des Kopfbetrages bei den Schlüsselzuweisungen um 2 € wurde berücksichtigt. Allerdings musste die Einwohnerzahl nach unten auf 544.000 Einwohner korrigiert werden, da die letzte amtliche Zahl vom 31.03.2018 nur 543.001 Einwohner für den Kreis Ludwigsburg auswies. Zusätzlich hat sich der gewogene Kreisumlagehebesatz 2018 geändert, was insgesamt zu 803.000 € höheren Schlüsselzuweisungen führt. Weiter wurde eine bevorstehende Senkung des Bundeszuschusses beim Arbeitslosengeld II mit minus 2 Mio. € berücksichtigt. Dagegen kann man beim Unterhaltsvorschuss mit 350.000 € mehr rechnen. Die Zuweisung nach dem Finanzausgleichsgesetz (FAG) für die Kindertagespflege erhöht sich nach Mitteilung des Statistischen Landesamtes um 1,07 Mio. €. Beim Soziallastenausgleich nach § 22 FAG sinken die Ausgaben nach Mitteilung des Statistischen Landesamtes um 51.000 €.

Beschlussvorschlag:

Nach der zusammengefassten Beratung des Haushaltsplanentwurfs - Zweite Lesung - am 26.11.2018 empfiehlt der Verwaltungsausschuss dem Kreistag,

- den Entwurf des Haushaltsplans 2019 aufgrund der Vorlage KT_26/2018 unter Berücksichtigung der Veränderungen nach Anlage 1 (Änderungsliste) und die Haushaltssatzung für das Jahr 2019 nach Anlage 2 zu beschließen,
- die Finanzplanung mit Investitionsprogramm 2018 - 2022 zu beschließen,
- die Bürgschaften für die im Wirtschaftsplan 2019 der Kliniken gGmbH enthaltenen Darlehensaufnahmen von 52,9 Mio. € für den gemeinnützigen Klinikbereich und 11,2 Mio. € für den Bereich der eng mit dem Klinikbetrieb verbundenen Geschäftsbetriebe gegen Avalprovision sowie für Kassenkredite von 40 Mio. € zu übernehmen,

- die Bürgschaften für die im Wirtschaftsplan 2019 der Orthopädischen Klinik Markgröningen gGmbH enthaltenen Darlehensaufnahmen von 6,4 Mio. € für den gemeinnützigen Klinikbereich und 100.000 € für den Bereich der eng mit dem Klinikbetrieb verbundenen Geschäftsbetriebe gegen Avalprovision sowie für Kassenkredite von 4 Mio. € zu übernehmen,
- die Verwaltung weiterhin zu ermächtigen, entsprechend der Liquiditätslage des Landkreises Kassenkredite an die Kliniken Ludwigsburg-Bietigheim gGmbH zu gewähren.